

20
—
79

Union in Deutschland

Bonn, den 17. Mai 1979

Ein unwürdiges Schauspiel

Das unablässige Taktieren von SPD und FDP in der Frage der Bundespräsidentenwahl hat groteske Züge angenommen. Beide Parteiführungen setzen sich weiterhin rücksichtslos über die Entscheidung des amtierenden Bundespräsidenten hinweg, daß er als Kandidat nicht zur Verfügung stehe. Sie scheuen sich auch nicht, Amt und Ansehen des neuen Bundespräsidenten im In- und Ausland aufs Spiel zu setzen, stellt Helmut Kohl zur Lage der Koalitions-Parteien fest.

Die Absicht von SPD und FDP, den Namen des amtierenden Bundespräsidenten auf den Wahlzettel zu schreiben, obwohl er nicht kandidiert, ist ein Höhepunkt dieses unwürdigen Schauspiels. SPD und FDP täuschen damit aber nur über ihre eigene Schwäche hinweg: Sie können keinen eigenen Kandidaten finden und bei denjenigen, die zur Verfügung ständen, wissen sie, daß sie in ihren eigenen Reihen mit keiner vollzähligen Zustimmung rechnen können.

Aber es gibt einen tieferen Grund für das nicht endenwollende Taktieren von SPD und FDP: Die Wahl von Karl Carstens zum höchsten Staatsamt ist das sichtbare Symbol für die politischen Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutsch-

(Weiter auf Seite 2)

Noch 23 Tage
bis zur
Europawahl

Heute für den Wahlkampf:

Brandts Lobrede auf Staatssekretär Karl Carstens 1966 / 2/3 sagen nein zu einem sozialistischen Europa / Die CDU: Eine Arbeitnehmerpartei /

Seite 2

Den Wählern sagen: Für die SPD ist Europa ein Übungsplatz linker Systemüberwinder Seite 4

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort Seite 5

Europa-Beilage (blau): Zielgruppenkampagnen Jugend / Frauen / Arbeitnehmer

FAMILIENPOLITIK

Einführung des Familiengeldes bleibt gemeinsames Ziel

Seite 7

Das von der Koalition verabschiedete Gesetz über das elterliche Sorgerecht ist familienfeindlich Seite 11

CDU-EXTRA:

30 Jahre Grundgesetz

Beilage gelb

Fortsetzung von Seite 1

land. CDU/CSU haben durch demokratische Wahlen die Mehrheit in der Bundesversammlung errungen. Damit wollen sich die Regierungsparteien nicht abfinden.

Der SPD-Vorsitzende Brandt hat sich zur Leitfigur im Rahmen dieser vordergründigen Winkelzüge aufgeschwungen. Der FDP-Vorsitzende hält sich im Hintergrund — wie in allen schwierigen Fragen.

Der FDP-Wirtschaftsminister verteidigt das Energieprogramm der Bundesregierung mit dem Bekenntnis zur Atomenergie. Genscher schweigt auch hier, obwohl oder gerade weil die FDP-Landesverbände in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersach-

sen sich gegen die Atomenergie ausgesprochen haben.

Der Bundeskanzler verweigert die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungshilfe. Genscher schweigt, obwohl er ständig im In- und Ausland die Nord-Süd-Politik als das zentrale Anliegen auch seiner persönlichen Politik darstellt.

Der FDP-Innenminister Baum betreibt eine öffentliche Enthüllungspolitik im Bereich der Sicherheitsorgane, die alle in diesem Bereich Tätigen als potentielle Anti-Demokraten erscheinen lässt.

Genscher schweigt, obwohl er einmal selbst und sein Kollege Maihofer als Vorgänger die Politik dieser Sicherheitsorgane geformt haben. Aus Angst vor ihrer immer weiter nach links ausfernden Parteibasis.

Herr Brandt, erinnern Sie sich?

Für Karl Carstens fand ein sehr prominenter früherer Außenminister einst große Worte des Lobes. Wir zitieren:

— „Dieses Ressort hatte das Glück, in Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, eine Persönlichkeit für sich zu gewinnen, die in sich einen ungewöhnlichen Reichtum an Führungsqualitäten, an geistiger Unabhängigkeit und an wissenschaftlicher ebenso wie praktisch-politischer Begabung vereint. Ihr Wesen ist unverkennbar bestimmt durch die Herkunft aus der Atmosphäre einer Stadt, in der die persönliche Unabhängigkeit stets viel gegolten hat.“

— „Ideenreichtum und eine kritische Schärfe des Verstandes haben Ihre Arbeit ausgezeichnet. Gerechtigkeit und Achtung vor der Leistung des anderen haben Ihnen darüber hinaus die Verehrung der Angehörigen die-

ses Dienstes gesichert. So sehen wir in Ihnen, in dessen Person sich die besten Eigenschaften des Gelehrten mit denen des hohen Beamten vereinen, einen der bedeutenden Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, würdig der Tradition dieses Hauses, Maßstab und Vorbild für den Auswärtigen Dienst.“

Diese Worte sprach am 12. Dezember 1966 der damalige Bundesaußenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, als Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt ins Bundesverteidigungsministerium überwechselte. Die Abschiedsansprache Brandts wurde am 23. Dezember mit der Überschrift „Hervorragende Leistung im Dienste des Staates“ im regierungsamtlichen Bulletin gedruckt. Es drängt sich förmlich der vielzitierte Ausspruch auf: „Was scheren mich meine Worte von gestern...“

■ INFORMATIONEN FÜR DEN WAHLKAMPF

Preis für die höchste Wahlbeteiligung

Auf Anregung des Centre d'Information Civique (CIC) in Paris wurde von dem bekannten französischen Maler und Bildhauer Bernhard Lorjou eine Bronzestatue geschaffen, die in derjenigen europäischen Großstadt aufgestellt werden soll, die die höchste Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 10. Juni aufweist. An dem Wettbewerb um das Kunstwerk können sich alle die Städte der neun EG-Länder beteiligen, die 100 000 und mehr Einwohner haben.

Die Statue stellt nicht nur ein Symbol für das vereinigte Europa dar, sondern sie ist auch eine Manifestation für die Solidarität zwischen den Ländern und Städten in der Gemeinschaft. Die Statue bleibt während der Wahlperiode in der ausgewählten Stadt, um nach der nächsten Europawahl nach dem festgelegten Grundsatz erneut verliehen zu werden. Das Kunstwerk wird also durch Europa wandern und wird in der jeweils ausgezeichneten Stadt an die Einheit unseres Kontinents erinnern.

Zwei Drittel sagen nein zu einem sozialistischen Europa

Bei der Frage des Emnid-Instituts, ob man in einem Europa leben wolle, das nach den Vorstellungen der Sozialisten gestaltet wird, ergibt sich ein eindeutiges Bild: 65 % der Bundesbürger sagen ein klares „nein“. Nur jeder 20. Befragte will dazu keine Angabe machen, und 30 % sagen „ja“. Die größten Unterschiede gibt es in der Beurteilung die-

ser Frage bei den Parteianhängern. Während 89 % der CDU/CSU-Wähler und 69 % der FDP-Anhänger die Frage verneinen, sind es bei den SPD-Leuten nur 39 %. Interessanterweise wollen die jüngeren Wahlbürger (18—29 Jahre) zu 60 % nicht in einem solchen Europa Bürger sein. Selbst Gewerkschaftsmitglieder lehnen diesen Vorschlag (mit 49 : 45) ab.

Die CDU: Eine Arbeitnehmerpartei

Auch im Europawahlkampf versuchen Sozialisten, Kommunisten wie auch zahlreiche Sozialdemokraten, die CDU als „Kapitalistenpartei“ zu diffamieren. Doch rund 370 000 Arbeiter, Angestellte, Beamte sind Mitglieder der CDU, über 60 % Prozent. Sie beeinflussen den Kurs der CDU. Über 40 % der Arbeitnehmer haben bei der letzten Bundestagswahl CDU gewählt.

Energiesparprogramm gefordert

Unter dem Eindruck der Kraftstoffrationierung in Kalifornien, der jüngsten Ölpreiserhöhungen durch Ecuador und Iran sowie der Treibstoffengpässe in mehreren Verbraucherländern hat das Europaparlament vor einer neuen Energiekrise gewarnt. In einer Entschließung fordert das Parlament in Luxemburg die „unverzügliche Ausarbeitung“ eines Aktionsprogramms über Energieeinsparungen und neue Energiequellen. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Energiekrise von 1973 hätten sich weiter verschärft, meinten die Parlamentarier. Auch EG-Kommissar

Den Wählern sagen

Der Rückfall der SPD hinter das Godesberger Programm ist bei nüchterner Analyse der im nationalen Wahlprogramm für den Europawahlkampf angesprochenen Ziele nicht zu leugnen. So warnte denn bereits die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD“ mit Blick auf das Europawahlprogramm, daß sich die SPD nicht zur „Arbeitnehmer- und Gewerkschaftspartei“ verengen dürfe. Die Sozialdemokraten schwenken mit ihrer Beschreibung der angeblichen gesellschaftlichen Wirklichkeit in Europa auf die marxistische Linie ein, wenn sie feststellen:

„Vorrangiges Ziel der Sozialdemokraten überall in der Europäischen Gemeinschaft ist die Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung, Abhängigkeit und Not und die Verstärkung der Rechte und Möglichkeiten jedes einzelnen Bürgers. Um dies zu erreichen, müssen wir eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern anstreben.“

„Der demokratische Sozialismus strebt eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft.“

„Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Krise des gegenwärtigen Wirtschaftssystems.“

„Es ist offensichtlich, daß der Kapitalismus die bestehenden Probleme nicht lösen kann.“

Es werden also nicht nur Ausbeutung, Not, Rechtlosigkeit und damit Unfreiheit der Menschen als durchgängige Eigenschaften unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angesehen; darüber hinaus wird auch behauptet, daß dies innerhalb der bestehenden Ordnung nicht zu korrigieren ist. Daher gilt es, dieses „System“ zu überwinden.

Guido Brunner sprach von „angespannten Verhältnissen“ in der Ölversorgung. Die „eisernen Reserven“ reichten statt der vorgeschriebenen 113 nur noch für 100 Tage.

Auf ein Wort: Zur 35-Stunden-Woche

Unter dieser Überschrift haben die CDU-Sozialausschüsse folgende Stellungnahme als Anzeige veröffentlicht: Warum? Weil die 35-Stunden-Woche von der SPD zum Schwerpunkt ihres Europa-Wahlprogramms gemacht wurde. In einseitiger Problemsicht — vom grünen Tisch.

Die Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit ist Sache der Tarifpartner. Sie sind beweglicher als Gesetze und politische Programme. Was für die eine Branche richtig ist, kann für die andere falsch sein. Die Arbeitnehmer der einzelnen Wirtschaftsbereiche sollen selbst entscheiden können, was sie wollen.

35-Stunden-Woche? Ja — aber nicht, wenn die SPD es will, sondern wenn die Tarifpartner es wollen.

Europäischen Führerschein einführen

Der CDU-MdB Dr. Ottfried Hennig hat die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage aufgefordert, anzugeben, wann diese mit der Einführung eines europäischen Führerscheins rechne. Hennig erklärte in diesem Zusammenhang, es sei notwendig, einen in ganz Europa geltenden Führerschein bald einzuführen, um die europäische Einigung auch auf diesem Feld zu dokumentieren. Ein einheitlicher Führerschein würde zudem für viele Kraftfahrer eine Vereinfachung im europäischen Reiseverkehr bringen.

■ WAHLKAMPFTELEFON: (02221) 544-1

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

In Diskussionen und Wahlversamm-lungen stellt sich immer wieder heraus, daß die Wähler falsch oder nur unzulänglich über das Thema Europa informiert sind. Nachfolgend Fakten gegen Vorurteile und Fehlinformationen.

„Die EG bringt den Deutschen nichts und kostet doch viel.“

Die Gemeinschaft begann vor 21 Jahren mit einem Warenaustausch von 75 Milliarden Mark. 1976 waren daraus 750 Milliarden geworden. Dies nützte dem deutschen Export überdurchschnittlich. Bei acht der heute neun EG-Partner setzten wird 1958 für 10 Milliarden ab, 1976 aber für 120 Milliarden. Das Volumen steigt stetig.

Die EG stabilisierte: In der Rezession nach 1973 sank die deutsche Ausfuhr in die Länder um 8 %, aber Japan und die USA nahmen uns zeitweise um mehr als ein Viertel weniger als vorher ab.

„Die EG-Bürokraten lassen Lebensmittelüberschüsse vernichten und zahlen sogar Prämien an die Vernichter.“

Entgegen allen veröffentlichten „Meinungen“ wird keinerlei Vernichtung subventioniert. Beihilfen gibt es bei:

— industrieller Verwertung (Umwandlung in Alkohol und Kosmetika als Beispiel)

— verbilligter Abgabe an soziale Einrichtungen

— Verfütterung (in begrenztem Umfang).

Die Maßnahmen sind nötig, um das Lebensniveau der in der Landwirtschaft Tätigen nicht unter ein sozial unvertretbares Maß sinken zu lassen.

Übrigens wird ein Arbeitsplatz im Bergbau mit jährlich 110 000 DM subventioniert. Alle Parteien und die Gewerkschaften betrachten dies als struktur- und sozialpolitisch richtig, um unsere Energiereserve zu hüten.

„Unser Geld wird von der Brüsseler Bürokratie und der Landwirtschaft verschwendet.“

Der gesamte Haushalt der EG mit neun Staaten (37 Milliarden) ist derzeit niedriger als ein Sechstel des Bonner Bundeshaushaltes.

Davon werden das Europäische Parlament, die Verwaltung und alle Ausgaben einschließlich jener für den gemeinsamen „Grünen Markt“ bestritten. Das sind um die 35 Pfennig pro Tag und Europäer. Bei der Pro-Kopf-Belastung stehen die Deutschen durchaus nicht an der Spitze, sondern etwas über dem Mittel.

„In Brüssel sitzen zuviel Beamte, die auch noch zuviel verdienen.“

Es sind um die 14 000, davon wenig mehr als 8 000 für die Bürokratie der Kommission. Hohe und notwendige Kosten werden durch den Sprachendienst verursacht.

Die Proportionen sind gewahrt: Auf 100 000 EG-Europäer entfallen 4 200 nationale und nur 5 Brüsseler Beamte. Die kritisierte Agrarpolitik wird von 650 hochqualifizierten „Eurokraten“ bewältigt. In der Bundesrepublik sind 20 000 Angehörige des öffentlichen Dienstes im Sektor Landwirtschaft tätig.

„Wir zahlen schon genug für arme Zonen in Italien, Irland und Schottland, wieso ist die CDU nun noch für die Beiritt der armen Staaten Griechenland, Spanien, Portugal?“

Aus drei Gründen:

1. sieht der Vertrag von Rom ganz richtig vor, daß die EG offen sein muß für jedes Land mit freiheitlich-demokratischer Ordnung,
2. würde ein Zurückstoßen der drei Beirittswilligen die Gefahr mit sich bringen, daß dort die Demokraten von Links- oder Rechtsextremisten zu Lasten der freien Welt und zur Freude Moskaus verdrängt würden,
3. sehen wir, daß sich entwickelnde Länder bei Wegfall von Zollmauern uns insgesamt mehr Absatzchancen und Investitionsmöglichkeiten eröffnen. Wir investieren damit in der EG alle in die bessere politische und wirtschaftliche Zukunft strategisch wichtiger Mittelmeerländer.

„Warum werden ausgediente ‚Politiker-Opas‘ ins Europäische Parlament geschickt?“

Werden durchaus nicht, denn nur vier der gut plazierten CDU-Kandidaten sind 65 oder darüber. Es dürften insgesamt 10 Prozent „alte Herren“ in der Fraktion der Christlichen Demokraten tätig werden. Ihre Erfahrung wird mit Recht gebraucht. Mancher jüngere Kandidat kandidiert erstmals für ein Parlamentsmandat von nationaler Bedeutung. Es ist logisch, daß er nicht gleich rundum,

sondern vielleicht erst in einem deutschen Bundesland bekannt ist.

„Man hört, daß die Christdemokraten mit den britischen Konservativen mäßig zusammenarbeiten und diese der EVP nicht beizutreten wünschen.“

Beides trifft nicht zu. Die Partei Margaret Thatchers lobt auf Seite 67 ihres Wahlkampf-Leitfadens „Campaign Guide for Europe 1979“ die besonders engen und fruchtbaren Beziehungen mit der CDU. Sie seien die besten von allen im Europäischen Parlament.

Die EVP hat sich offen gegenüber Beirittswilligen erklärt. Aber die Parteigeschichte einiger C-Parteien (nicht die der CDU) erlaubt nur eine schrittweise Verbindung mit britischen Konservativen. Die seit Jahren praktizierte Zusammenarbeit in Straßburg, Luxemburg und Brüssel leidet indessen nicht unter den Theorie-Diskussion. Im Gegenteil: Praxis-Fragen fördern die Annäherung der Parteien der Mitte insgesamt. Die Union spielt dabei oft eine Mittlerrolle.

„Die CDU lehnt die Kandidatur des DBG-Vorsitzenden Vetter für Europa ab und schadet damit den Arbeitnehmern.“

Die CDU hat nicht kritisiert, daß Vetter für ein Mandat in der Sozialistischen Fraktion kandidiert. Sie ist gegen das falsche Etikett „Kandidat der Arbeitnehmer“, denn 40 % der Arbeitnehmer wählen CDU/CSU. Die CDU macht auch einen Unterschied zwischen der Kandidatur des DGB-Vorsitzenden und Kandidaturen ehrenamtlich tätiger Gewerkschafter; sie stellt dabei selbst — mit Hans Katzer an der Spitze — sechs Kollegen der CDA heraus. Sie verweist darauf, daß es im europäischen Ausland zu Recht üblich ist, den Stuhl des Gewerkschaftsführers zu räumen, wenn ein Parlamentsmandat angestrebt wird.

■ FAMILIENPOLITIK

Einführung des Familiengeldes bleibt das gemeinsame Ziel

Die familienpolitische Debatte des Bundestages in der zurückliegenden Woche lieferte einen eindrucksvollen Beweis, daß CDU und CSU einig und überzeugend für eine Stärkung der Familie eintreten, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler zum Verlauf der familienpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages und zur Familienpolitik der Unionsparteien.

Die Christlich Demokratische Union begrüßt, daß ihre Abgeordneten im Deutschen Bundestag mit einer Ausnahme geschlossen für das Familiengeld gestimmt haben und von den 53 CSU-Abgeordneten sich nur 13 nicht zu einer Zustimmung entschließen konnten.

Die Union ist sich einig, daß die nichterwerbstätige Hausfrau und Mutter nicht diskriminiert werden darf. Diese Einigkeit wurde durch die geschlossene Abstimmung zum ebenfalls eingebrachten Änderungsantrag der CDU/CSU-Fraktion zum Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs dokumentiert, dem alle Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion mit einer Ausnahme zugestimmt haben.

SPD und FDP haben bewiesen, daß sie die erwerbstätige Frau eindeutig bevorzugen und zwei Klassen von Frauen schaffen wollen. Die nichterwerbstätige Mutter, das heißt die Hausfrau, wird benachteiligt. Dies ist nicht zu verein-

baren mit der wissenschaftlichen Erkenntnis, daß die für den Menschen entscheidende Entwicklungsphase in den ersten Lebensjahren verläuft und der Einfluß der Familie auf die Entwicklung der jungen Menschen von entscheidender Bedeutung ist.

Die Ablehnung des Familiengeldes durch SPD und FDP ist um so bedauerlicher, als die CDU dafür Finanzierungsvorschläge unterbreitet hat. Von einer Nichtfinanzierbarkeit kann also keine Rede sein. Maßgeblich für die Ablehnung waren vielmehr ideologische Gründe.

Die SPD ist immer noch fixiert auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, der das 19. Jahrhundert bestimmt hat und von Karl Marx beschrieben wurde. Sie kann sich nicht vorstellen, daß es wichtige soziale Fragen gibt, die keine Arbeitnehmerfragen sind. Durch diese ideologische Fixierung werden von der SPD die Anliegen und Bedürfnisse von Menschen, die nicht erwerbstätig sind, systematisch vernachlässigt. Die Zukunftschancen der Jugend werden verspielt, die Renten der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen werden mit der Heckenschere gekürzt, die nichterwerbstätige Hausfrau wird diskriminiert.

Das Konzept der CDU ist die Wahlfreiheit der Frau. Die CDU hat es sich zur Aufgabe gemacht, Gleichberechtigung dadurch zu verwirklichen, daß die Frauen ihre Aufgabe und Tätigkeit wirklich

frei wählen können. Sie will den Mißstand beseitigen, daß Frauen nur deshalb zur Arbeit gehen, weil das Einkommen des Mannes für eine mehrköpfige Familie nicht reicht. Sie will durch vermehrte Angebote von Teilzeitarbeitsplätzen den Frauen auch eine Verbindung von Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben erleichtern.

Die CDU wird ihre Initiative für ein Familiengeld weiter verfolgen.

In der Bundestagsdebatte erklärte die Abgeordnete Erna-Maria Geier: Das Familiengeld ist sinnvoller und richtiger als vier Monate längerer Mutterschutz, weil das Sichbinden eines Kindes an seine Eltern ein lebensnotwendiger Vorgang ist und noch vor dem 1. Lebensjahr vollzogen wird. Es entfaltet sich vom 3. bis zum 8. Monat am stärksten und ausgerechnet in der Mitte dieses ersten Prozesses, genau nach sechs Monaten, wird mit dem verlängerten Mutterschaftsurlaub diese Weiterentwicklung unterbrochen.

Eine frühkindliche Schädigung durch die Mutterentbehrung verhindert Entwicklungen von Gefühlen, Intelligenz und späteren sozialen Verhalten. Der Prozeß der inneren Bindung dauert ca. 18 Monate, danach folgt die zweite frühkindliche Phase, der erste Lern- und Anpassungsprozeß, bei dem die Eltern oder wenigstens ein Elternteil als ständige Begleitperson auch nicht fehlen sollten. Es ist eine politische Notwendigkeit, dem Rechnung zu tragen! Dafür verlangen wir das Familiengeld.

Unsere politische Aufgabe für die Familie erfüllen wir nur dann richtig, wenn sie sich an den geistigen und seelischen Bedürfnissen der Kinder orientiert. Den wachsenden Problemen unserer Zeit, den Schwierigkeiten der Kinder- und Jugendgenerationen erfolg-

reich zu begegnen, heißt auch Bereitschaft für hohe finanzielle Aufwendungen.

Wir zahlen heute schon Milliardenbeträge für Rehabilitation dieser von der Gesellschaft unglücklich gemachten jüngeren Generation. Wäre es nicht besser, wir würden uns endlich darauf besinnen, daß die beste Hilfe, die wir unseren Kindern geben können, am Start ihres Lebens liegt, daß wir deshalb das Geld für Familienhilfen so anlegen müssen, daß der größtmögliche Erfolg zum Nutzen unserer Kinder dabei herauskommt.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Mutterschaftsgeld enthält eine gesellschaftspolitische Grundalternative, die von CDU und CSU abgelehnt wird. Es ist ein Skandal und unverantwortlich, mit welcher Hektik diese wichtigen Beratungen durchgepeitscht wurden. Es gab keine Zeit für eine Expertenanhörung.

Die Koalition forciert mit ihrem Gesetzentwurf das Leitbild, wonach beide Elternteile eines Kleinkindes durchweg erwerbstätig sind. CDU/CSU wollen die Betreuung und Erziehung des Kleinkindes in der Familie fördern und sie wollen vor allem auch die Wahlfreiheit der Mutter möglich machen.

Der Vorwurf von Frau Minister Huber, CDU und CSU wollten am vergoldeten Zügel Frauen wieder an den Herd lokken, ist barer Unsinn, weil niemand gezwungen wird, Familiengeld zu beziehen und auf Erwerbstätigkeit zu verzichten. Die Eltern sollen über ihre Berufstätigkeit selbst entscheiden, dazu müssen aber die finanziellen Möglichkeiten durch das Familiengeld angeboten werden, erklärte MdB Albert Burger in der gleichen Debatte.

■ KOALITION

Schluß mit der Doppelzüngigkeit

Vor der Bundespressekonferenz in Bonn warf der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, der Bonner Regierungskoalition vor, es versäumt zu haben, eindeutige Antworten auf die schwerwiegenden Zukunftsfragen der Energiepolitik zu geben. Er sagte u. a.: Die SPD/FDP-Koalition bot besonders in den Wochen vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl ein Bild der Zerrissenheit, das von sachlichen Gegensätzen ebenso gekennzeichnet war wie von rein opportunistischem Verhalten im Werben um die Gunst einiger Bevölkerungsgruppen. Es bleibt ein einmaliger Vorgang, daß vor unserer Landtagswahl Bundestagsabgeordnete der SPD und FDP, die in Bonn für die Kernenergie stimmten, eine Anti-Atom-Kampagne gegen eine CDU-Landesregierung, die das Energieprogramm der Bundesregierung ausführte, anfachten.

Eine Konsequenz ist eindeutig: Niemand kann in Zukunft davon ausgehen, daß Landeskabinette in der Auftragsverwaltung des Bundes Genehmigungen für Kernkraftwerke aussprechen, wenn nicht die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien wieder hergestellt ist und auch bei den Diskussionen im Land ehrlich vertreten wird.

Die CDU hat die friedliche Nutzung der Kernenergie als ein Element einer umfassend angelegten Energiepolitik auch als Opposition bejaht. Niemand will mehr Kernkraftwerke bauen als erfor-

derlich. Nach Harrisburg müssen alle Aspekte der Sicherheit von Grund auf neu geprüft und die erforderlichen Konsequenzen für die Standards gezogen werden. Aber es würde zu einer schweren Vertrauenskrise führen, wenn Schmidt und Genscher in Bonn weiterhin für die Kernenergie einträten und zugleich bei Landtagswahlen jene Kräfte aus fragwürdiger parteipolitischer Solidarität unterstützen, die ihre eigene Politik bekämpfen.

Nach unserer Überzeugung muß eine verantwortungsbewußte Energiepolitik vor allem die gefährliche Abhängigkeit vom Öl verringern. Dazu bedarf es weiterhin einer nachhaltigen Förderung der Kohle.

Vor allem sind nachhaltigere Anstrengungen zur Energieeinsparung erforderlich. Das im vergangenen Jahr verabschiedete Sparprogramm hat bisher nur in begrenztem Umfang zu Investitionen für neue Technologien, wie Solarzellen und Wärmepumpen geführt. Erforderlich sind nachhaltige unbefristete Anreize im Steuerrecht.

Jusos: Atomkanzler Schmidt „gefährlich blind“

Die Jusos fordern, daß alle Kernkraftwerke in der Bundesrepublik schrittweise in den nächsten zwei Jahren abgestellt werden sollen. Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender, Reinhard Schultz, kündigte einen „Großkampftag in Sachen Energie“ zu den Europawahlen an.

Schultz nannte Schmidts Äußerungen zur Kernenergie „unverantwortlich, blind und gefährlich“. Die Jusos wollen nicht, „daß die SPD als die Partei in die Geschichte eingeht, die mit Atomkanzler Schmidt künftigen Generationen ein Leben in Zivilschutzbunkern garantiert habe“.

Die SPD kommt nicht aus ihrer Konflikttheorie heraus

Sieben Monate nach Verabschiedung des Grundsatzprogramms der CDU hat die Grundwerte-Kommission der SPD eine umfangreiche Stellungnahme (52 Seiten!) zum CDU-Programm vorgelegt. Die SPD würdigt damit ungewollt die von der CDU in den letzten Jahren geleistete programmatische Arbeit. Wer jedoch das Grundsatzprogramm der CDU und die Reaktion der SPD vergleicht, muß feststellen:

— Nach wie vor fehlt der SPD jegliches Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn sie der CDU einen überholten „Kapitalismus“ in die Schuhe schiebt, so muß man zweifeln, ob sie das Grundsatzprogramm der CDU überhaupt gelesen hat.

— Die SPD unterschätzt nach wie vor die friedensstiftende Aufgabe des Staates (innere Sicherheit) und sie setzt weiterhin auf die gesellschaftsverändernde Funktion des Staates.

— Der Vorwurf der SPD an die Adresse der CDU, sie vertrete ein „harmonisches“ Bild einer „heilen Welt“, ist nicht nur unbegründet, er verrät vor allem die Tatsache, daß die SPD ihre Konflikttheorie der Gesellschaft nicht verabschiedet hat.

Oxford (FDP) will nicht mehr

Der langjährige Berliner FDP-Vorsitzende und frühere Bürgermeister der Stadt, Hermann Oxford, will auf dem Landesparteitag der Berliner FDP im Juni nicht mehr als stellvertretender Landesvorsitzender kandidieren. Als Sprecher des bürgerlichen FDP-Lagers in Berlin gegenüber der linken Partei-Mehrheit will sich Oxford offenbar auf die Arbeit in der „Liberalen Gesellschaft“ konzen-

trieren. Diese bundesweite Vereinigung liberaler Politiker der Mitte war vor kurzem in Hamburg gegründet worden und legt am 2. Juni in Berlin ein Thesenpapier über liberale Politik vor.

Etikettenschwindel in der Mittelstandsförderung

Der Obmann des Diskussionskreises Mittelstand in der Fraktion, Bundestagsabgeordneter Hansheinz Hauser, hat scharf kritisiert, daß — entgegen publizistischen Ankündigungen — ein Teil der freien Berufe von dem durch das Bundeskabinett verabschiedeten Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung zur Förderung von Existenzgründungen ausgeschlossen bleibe. Zwar habe der Bundesminister für Wirtschaft in einem Schreiben vom 9. März an zahlreiche Verbände der freien Berufe mitgeteilt, antragsberechtigt für die Gewährung von Kapitalhilfen seien diejenigen Personen bis zum 50. Lebensjahr, die die Voraussetzungen für die Gründung eines gewerblichen Unternehmens oder die Ausübung eines freien Berufes nachgewiesen hätten. Gleichzeitig habe es jedoch dort geheißen, eine Eigenkapitalbeihilfe könne im Rahmen des Programmes dann nicht gewährt werden, wenn die Möglichkeit bestehe, Fremdmittel der Kreditwirtschaft zu erhalten.

Entsprechend habe das Bundesministerium für Wirtschaft auf Anfrage hin den Ärzteverbänden mitgeteilt, daß Ärzte aufgrund dieser Bestimmungen grundsätzlich von der Förderung ausgeschlossen seien. Hauser äußerte die Befürchtung, gleiches gelte auch für andere Gruppen der freien Berufe. Das Förderungsprogramm platze wie Seifenblasen. Die Regierung habe sich in der Mittelstandsförderung bei einem Etikettenschwindel ertappen lassen.

■ ELTERLICHES SORGERECHT

Das Gesetz ist familienfeindlich und verfassungsrechtlich bedenklich

Im Jahr des Kindes wurde von SPD und FDP mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Neuregelung der elterlichen Sorge eine seit Jahren andauernde Auseinandersetzung über die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des geltenden Rechts und deren inhaltliche Ausgestaltung abgeschlossen. Gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion wird ein Gesetz in Kraft treten, das sich nach Auffassung der Bundesregierung an die „unveränderte Funktion und Struktur der Familie anpaßt“.

Z war sind SPD und FDP aus taktischen Gründen zur Erkenntnis gelangt, den ursprünglich offen ausgesprochenen ideologischen Ansatz des neuen Sorgerechts zu entschärfen, wonach es noch galt, die angeblich unterdrückten Kinder von der „elterlichen Fremdbestimmung“ und der diskriminierenden Gewalt „zu befreien“; trotz dieser Korrektur bleibt zu befürchten, daß das Gesetz von der Rechtsreform zu einer Gesellschaftsreform übergleitet; denn das Ausmaß der jetzt gebilligten Eingriffsrechte des Staates zur Reglementierung des Umfangs von Eltern und Kindern sowie die Möglichkeiten zu bestimmen, ist nicht abzusehen.

Mit diesen Regelungen werden die Eltern unnötig verunsichert und weitere Konflikte in die Familien getragen werden. Der Staat hat nur ein Wächteramt

über die Familien auszuüben, sich aber nicht weitere Ermächtigungen zur Bevormundung und Reglementierung der Familie zu schaffen.

In der Bundestagsdebatte erklärte MdB Anton Stark: Nach unserer Auffassung ist es sinnvoll und angebracht, daß im Interesse des besseren Schutzes gefährdeter Kinder einige Vorschriften des elterlichen Sorgerechts klargestellt, geändert oder ergänzt werden sollten. Allerdings sind CDU und CSU der Auffassung, daß es für den Normalfall bei einem vorwerfbaren Versagen der Eltern als Voraussetzung für einen Eingriff in das elterliche Sorgerecht bleiben soll, weil nur dies der Elternverantwortung gerecht wird.

Auch waren wir von Anfang der Beratungen an der Auffassung, daß in das elterliche Sorgerecht eine Vorschrift eingefügt werden sollte, die in bestimmten Fällen das Pflegekind besser schützt. Schließlich sind wir der Meinung, daß es angebracht und sinnvoll ist, wenn den Kindern im Rahmen des vormundschaftlichen Verfahrens bessere Anhörungsrechte gesichert werden.

Bezüglich des besseren Schutzes des Pflegekindes können wir darauf verweisen, daß wir dieses Problem als erste in die Beratungen eingeführt haben. Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung und der Koalition haben das Pflegekindverhältnis ursprünglich überhaupt nicht behandelt.

Was die Vorschriften für einen besseren Schutz des gefährdeten Kindes anbetrifft, ist es uns erfreulicherweise nach langwierigen, harten und sachlichen Auseinandersetzungen gelungen, die Koalition von ihrer ursprünglichen Fassung, des § 1666 BGB, die staatlichen Eingriffen in das elterliche Sorgerecht Tür und Tor geöffnet hätte, abzubringen und zu einer Fassung zu bewegen, welche im wesentlichen unseren Vorschlägen entspricht.

Auch das Pflegekindverhältnis ist unseres Erachtens, zumindest für eine vorläufige Regelung in angemessener Form geregelt, wenn wir auch hier nach unserer Auffassung eine umfassendere bessere Regelung vorgeschlagen haben.

Die Verbesserung der Anhörungsvorschriften für die Kinder und Jugendlichen im vormundschaftsgerichtlichen Verfahren finden unsere Zustimmung.

Ginge es also nur um den besseren Schutz der gefährdeten Kinder, so könnten wir dem Gesetzentwurf zustimmen, weil unbestreitbar ist, daß uns die Koalition in wesentlichen Punkten entgegengekommen ist und wir unsere Vorstellungen verwirklichen konnten. Auch haben wir einige unnötige und unsinnige Vorschriften, wie z. B. den § 1626 a, der die Heilbehandlung des über 14 Jahre alten Kindes von dessen Zustimmung abhängig gemacht hätte, verhindern können.

Leider ist es uns im Laufe der Beratungen nicht gelungen, die Koalition dazu zu bringen, auf die umfangreichen Vorschriften zu verzichten, welche für alle Familien gelten sollen und in verfassungsrechtlich bedenklicher und nach unserer Überzeugung in unzulässiger und schädlicher Weise den Eltern ge-

setzliche Leitbilder und bestimmte Erziehungsstile vorschreiben.

Alle diese Vorschriften des Entwurfs, welche nichts mit dem besseren Schutz gefährdeten Kinder zu tun haben, sondern aus rein ideologischen und emanzipatorischen Gründen rund 20 Millionen Eltern oder Alleinerziehenden mit rund 15 Millionen Kindern unter 18 Jahren gesetzlich verordnete Leitbilder und bestimmte Erziehungsstile vorschreiben, finden unsere entschiedene Ablehnung.

Wir halten diese Vorschriften nicht nur für verfassungsrechtlich bedenklich, sondern für die Erziehungsbereitschaft und Erziehungsfunktion der Eltern für schädlich. Diesem Gesetzentwurf verweigern wir unsere Zustimmung, weil wir überzeugt sind, daß für eine umfassende Reform des geltenden Kinderschaftsrechts weder eine Notwendigkeit, noch ein Bedürfnis besteht, da sich das geltende Recht mit wenigen Ausnahmen bewährt hat.

Wir sind der festen Überzeugung, daß der jetzt vorliegende Entwurf nicht dazu beiträgt, die Bereitschaft zum Kinde zu stärken und damit auch nicht unseren Kindern und Jugendlichen dient. Nach unserer Meinung muß, wer den Kindern helfen will, die Familie stärken und nicht schwächen.

Das Gesetz wird in der vorliegenden Form, zumal wenn man den Zusammenhang mit der Art und den Umfang der geplanten Reform des Jugendhilfrechts berücksichtigt, wie wir befürchten, eine Verhaltensänderung im Eltern-Kind-Verhältnis, und zwar in einem für dieses Verhältnis negativen, Konflikte und Polarisierung fördernden Sinne bewirken. Die Verantwortung für dieses Gesetz trägt die SPD/FDP-Koalition.

■ INNERE SICHERHEIT

Baum gefährdet die Arbeit unserer Sicherheitskräfte

Seit seinem Amtsantritt betreibt der Bundesinnenminister eine Enthüllungspolitik über die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Damit dient er nicht der Sicherung des inneren Friedens und der inneren Ordnung, wie es seine Pflicht ist, erklärte Helmut Kohl in Bonn.

Baums vordergründige Taktik, mit der er in seiner Partei Boden zu gewinnen versucht, verkennt völlig, daß die Freiheit der Bürger aufs äußerste gefährdet wird, wenn ein Staat systematisch geschwächt und seiner friedenssichernden Funktion beraubt wird.

Die Opposition hat deshalb im Bundestag einen Mißbilligungsantrag gegen Bundesinnenminister Baum eingebracht. Der Minister soll wegen seiner „parteipolitisch bestimmten Enthüllungspolitik“ parlamentarisch mißbilligt werden. Die CDU/CSU ist entschlossen, dieser schädlichen Politik entschieden Widerstand zu leisten. Helmut Kohl: Wir fordern den Bundeskanzler auf, seinen Innenminister an seine Verantwortung für die Sicherung des inneren Friedens zu erinnern.

Die systematische Zerschlagung unserer Sicherheitsbehörden begann im Mai 1978. Die „Frankfurter Rundschau“ eröffnete damals eine Kampagne gegen die legale und notwendige Beobachtung der Ein- und Ausfuhr extremisti-

scher Schriften durch den Bundesgrenzschutz. Diese Kampagne führte zum Rücktritt von Bundesinnenminister Maihofer. Sein Nachfolger wurde der seit 1972 im Bundesinnenministerium amtierende Staatssekretär Gerhard Baum.

Die gleiche Art von Enthüllungskampagne zu Lasten unserer Sicherheitsbehörden, wie sie Baum in das Amt des Bundesinnenministers brachte, wurde seitdem immer wieder nach dem gleichen Schema fortgesetzt, erklärte der Bundestagsabgeordnete Carl-Dieter Spranger, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages. Man spielte einzelnen Presseorganen unter Ausschaltung des Parlaments gezielt geheimhaltungsbedürftiges Material aus der Arbeit der Sicherheitsbehörden zu.

Die anschließenden Veröffentlichungen erweckten den Eindruck bedenklicher Mißstände und überflüssiger, rechtswidriger „Schnüffel- und Überwachungspraktiken“ durch Polizei und Verfassungsschutz, durch Nachrichtendienst oder Bundesgrenzschutz.

In gleichzeitigen oder kurz danach abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen präsentierte sich Bundesinnenminister Baum als großer Schutzpatron der Privatsphäre. Er zeigte sich betroffen bis bestürzt über die ihm angeblich bis jetzt unbekannten „Praktiken“, er distanzierte sich davon und versprach

Abhilfe. Kein Wort davon, daß die Grundlagen des Handelns der Sicherheitsbehörden, die er jetzt ändert oder abschafft, von seinen Parteifreunden und Vorgängern Genscher und Maihofer zu verantworten waren. Für Baum ist offenbar heute illegal, was unter seinen Vorgängern legal gewesen war.

Alles mündete schließlich regelmäßig in einer umfassenden, oft mehrwöchigen öffentlichen Auseinandersetzung über die Tätigkeit unserer Sicherheitsbehörden.

Nach diesem Schema liefen u. a. folgende Kampagnen ab:

- Im Juli 1978 gegen die seit 1963 vorgeschriebene legale und notwendige Registrierung der Grenzübertritte durch den Bundesgrenzschutz;
- Anfang Januar 1979 gegen die finanzielle Unterstützung der Hochschularbeit demokratischer Studenten;
- Mitte Januar 1979 gegen die Kartei des Bundeskriminalamtes über Kommunen und gewalttätige Randalierer;
- Anfang April 1979 gegen das Fotografieren von Pässen durch den Bundesgrenzschutz.

Seit wenigen Tagen nun diskutiert die Öffentlichkeit zwei umfassende Berichte des Bundesministers des Innern über Karteien und Daten des Bundeskriminalamtes und über die Arbeit des Bundesgrenzschutzes. Auch diese Berichte waren vor der Untersuchung des Parlaments in wesentlichen Teilen im „Stern“ und in „Die Zeit“ lanciert und veröffentlicht worden. Beide Berichte machen in breitem Ausmaß die Methodik und den Umfang der Informationssammlung und der Daten und Kartespeicherung durch das Bundeskriminalamt sowie die Zusammenarbeit des Bundesgrenzschutzes mit anderen Sicherheitsbehörden öffentlich bekannt.

Das gab es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, daß der Bundesinnenminister selbst streng geheimhaltungsbedürftiges Material aus der Arbeit der Sicherheitsbehörden bis hin zur Zahl der V-Leute und den Kriterien der Spionageabwehr in die Öffentlichkeit bringt, dadurch den Gegnern unseres Staates einen großartigen Einblick in die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden eröffnet und insoweit die Handlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden kaputt macht!

Die permanenten öffentlichen Angriffe haben die Bediensteten in schwerem Maße verunsichert und demoralisiert, vor allem auch dadurch, daß ihr eigener Dienstvorgesetzter die Rechtmäßigkeit ihrer Arbeit ständig in Frage stellt, sie selbst in die Grauzone des Illegalen abdrängt und sich öffentlich von ihnen distanziert.

Hinzu kommt, daß es Baum in vielen Bereichen unterließ, seinen Verpflichtungen als der für die innere Sicherheit verantwortliche Bundesminister nachzukommen und klare Weisungen in allen Amtsbereichen zu geben.

Dadurch schob er den Beamten die Verantwortung zu, um für den Fall, daß deren Maßnahmen der veröffentlichten Kritik anheimfielen, sich vornehm von den Beamten abzusetzen oder sie sogar zu kritisieren.

Kein Wunder, wenn die ständig diffamierten und eingeschüchterten, verunsicherten Bediensteten der Sicherheitsbehörden entweder am Sinn und Zweck ihrer Arbeit überhaupt verzweifeln oder ihre Aufgaben immer restriktiver erfüllen, um nur ja keine Angriffsflächen mehr zu bieten gegenüber einem Dienstvorgesetzten, der sie im Stich läßt.

Zur Sache:

Selbst ist die Frau

Frauen müssen über ihren Lebensweg selbst entscheiden können.

Die Auffassung der CDU über die Rolle der Frau ist klar:

Frauen dürfen nicht in eine vorbestimmte Rolle gepreßt werden. Sie müssen frei entscheiden können, ob sie ihre persönliche Entfaltung in der Familie, in einer Berufstätigkeit oder in Verbindung von beidem finden wollen.

Im krassen Widerspruch dazu steht die Politik der SPD/FDP-Bundesregierung. Sie fördert einseitig die Erwerbstätigkeit der Frau. Das Leitbild von SPD und FDP, wonach sich die Frau durch Erwerbstätigkeit emanzipiert, hat zur Geringschätzung der Hausfrau und Mutter geführt. Die Politik von SPD/FDP preßt die Frauen in ein neues Klischee.

Die CDU sagt dagegen: Die Tätigkeit einer Hausfrau und Mutter hat den gleichen Rang wie die Berufstätigkeit

einer Frau. Hausfrauenarbeit und Kindererziehung sind Berufstätigkeit. Sie müssen als solche anerkannt und sozial gesichert werden. Das heißt: Familienleistungen der Frau müssen bei der Altersversorgung genauso wie Beitragszahlungen aus Erwerbs-einkommen anerkannt werden.

Die Familie ist für die meisten von uns Dreh- und Angelpunkt. Die Kinder brauchen persönliche Zuwendung und Liebe. Das können sie nur dann bekommen, wenn sich die junge Mutter oder auch der junge Vater – zumindest in den ersten Lebensjahren – ganz der Erziehung der Kinder widmen.

Das darf nicht an finanziellen Problemen scheitern. Wer sich den Aufgaben in der Familie voll widmet, darf nicht wirtschaftlich, gesellschaftlich, rechtlich oder sozial benachteiligt werden.

CDU

 sicher
 sozial
 und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBOHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 18./19. 5. **EAK d. CDU/CSU — Bund**
Europatagung, Heidelberg
19. 5. **LV Saar**
Frauenvereinigung, Delegiertentag
19. 5. **JU Südbaden**
Bezirkstag, Freiburg
19. 5. **RV Rheinland-Pfalz**
Frauenvereinigung
Hauptausschuß „Europatag, Mainz
19. 5. **LV Hessen**
Sozialausschüsse, Landestagung, Seligenstadt
19. 5. **LV Hessen**
Mittelstandsvereinigung
Landestagung, Langen
19. 5. **CDU Niedersachsen**
Union der Vertriebenen und Flüchtlinge
Landesdelegiertentagung Hannover
19. 5. **LV Schleswig-Holstein**
Landesvorstand, Kiel
20. 5. **CDU — Bund**
Eröffnung des Europawahlkampfes, Dortmund
- 20./21. 5. **CDU — Bund**
Klausurtagung des Präsidiums, Ascheberg

21. 5. **LV Baden-Württemberg**
Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
26. 5. **CDU Niedersachsen**
Landesparteitag, Wolfsburg
26. 5. **Mittelstandsvereinigung d. CDU/CSU — Bund**
Europafestival, Freiburg
26. 5. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung
Bundesvorstand, Mainz
28. 5. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
28. 5. **CDU — Bund**
BFA „Gesundheitspolitik“, Bonn
2. 6. **LV Westfalen-Lippe**
Frauenvereinigung, Europatag
6. 6. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung
Gespräch des Bundesvorstandes beim WDR, Köln
8. 6. **LV Rheinland**
Landesvorstand, Köln
11. 6. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
11. 6. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
12. 6. **LV Hessen**
Kreisgeschäftsführertagung
12. 6. **LV Hessen, Landesvorstand**
12. 6. **LV Hessen, Landesausschuß**
13. 6. **CDU — Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.